

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	10. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	27. April 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

7.

Punkt 4 der Tagesordnung: Barrierefreiheit: Ausbau weiterer öffentlicher Gebäude in Karlsruhe

dazu:

Anfrage der Stadträtinnen Dr. Dorothea Polle-Holl und Uta van Hoffts sowie des Stadtrats Michael Borner (GRÜNE) vom 30. März 2010:

Barrierefreiheit in Schulen und Jugendeinrichtungen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4, Vorlage Nr. 350, zur Behandlung auf. Er verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Grünen zum Thema Barrierefreiheit in Schulen und Jugendeinrichtungen auf der Vorlage Nr. 351:

Zunächst wird Herr Bürgermeister Lenz in das Thema einführen.

Bürgermeister Lenz: Bei diesem Tagesordnungspunkt sieht man, was wir eben festgestellt haben, dass die konstruktive Zusammenarbeit eben nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Deshalb brauche ich hier ein paar Minuten. Sie sehen es mir nach. Diejenigen, die im Sozialausschuss dabei waren, wissen, wir mussten eine Kompromissformel finden.

Barrierefreiheit der kommunalen Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung zur selbstbestimmten Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben, aber auch entscheidendes Kriterium für ein eigenständiges Leben, und das auch im Alter.

Barrierefreiheit erleichtert darüber hinaus Eltern mit Kinderwagen den Zugang zu Einrichtungen und Diensten und trägt somit zur Verbesserung der Lebensqualität

aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bei. Die Barrierefreiheit unserer öffentlichen städtischen Einrichtungen und Gebäude ist auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine wichtige Aufgabe, der wir uns in den nächsten Jahren verstärkt und gemeinsam, Frau Ritzmann, widmen müssen. Bei allen neuen öffentlichen Bauten wird von Anfang an auf die Einhaltung entsprechender Standards geachtet, so dass wir in Zukunft ohne besondere bzw. zusätzliche Maßnahmen eine barrierefreie Infrastruktur erreichen werden. Es reicht aber natürlich nicht aus, nur die Neubauten zu betrachten, sondern wir müssen Lösungen finden für unsere vorhandenen und teilweise auch denkmalgeschützten öffentlichen Institutionen, für unsere Kultur- und Begegnungszentren, für Freizeit- und Bildungseinrichtungen. Die Stadt Karlsruhe - Sie haben es eben betont - hat sich in den zurückliegenden Haushaltsjahren bereits engagiert mit der ersten Prioritätenliste. Nun geht es darum, diesen eingeschlagenen Weg mit der jetzt vorliegenden zweiten fortzusetzen und anhand dieser zweiten Prioritätenliste des Beirats den Umbaubedarf zu prüfen und kostenkontrollierte Planungen vorzulegen.

Damit werde ich jetzt konkret mit Blick auf den vergangenen Sozialausschuss. Die Vorberatung im Sozialausschuss hat gezeigt, dass der Behindertenbeirat die Vorschläge mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der schwierigen Haushaltslage erarbeitet hat. Seitens des Behindertenbeirats wurde bei Erstellung der Prioritätenliste u. a. auch ein Fokus auf öffentlich zugängliche Toilettenanlagen gelegt. Wegen des provisorischen Charakters der Anlage wurde die vom Behindertenbeirat gewünschte barrierefreie Toilette am Hauptbahnhof-Süd bereits im Vorfeld aus der Liste genommen. Die öffentlichen Toilettenanlagen Gottesauer Platz und Durlacher Tor konnten nicht in die Liste aufgenommen werden, da diese Anlagen im Zuge von Platzneugestaltungen bzw. bei Realisierung der Kombilösung aufgegeben werden. Die öffentliche Toilettenanlage Hirschbrücke kann aus Gründen des Denkmalschutzes nicht umgebaut werden. In der Sitzung des Sozialausschusses wurden in einer aktuellen Tischvorlage zudem noch die beiden letzten verbliebenen Toilettenanlagen gestrichen. Die Vorsitzende des Behindertenbeirats Frau Ritzmann machte daraufhin in der Sitzung eindrücklich deutlich, wie wichtig diese Thematik vor allem für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer in Karlsruhe ist und dass die Bedingungen im gesamten städtischen Bereich inakzeptabel seien. Deshalb wurde in Ergänzung der ursprünglichen Beschlussvorlage die Verwaltung beauftragt, im Benehmen mit dem

Behindertenbeirat eine Planung behindertengerechter Toilettenanlagen in der Sitzung des Sozialausschusses am 01.12.2010 kostengeprüft vorzulegen.

Ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit und für diese „Kompromissformel“, für das Verständnis, Frau Ritzmann, Herr Weber, und bitte unserem Beschluss zu folgen.

Stadträtin Müllerschön (SPD): Nach dem Masterplan sollen bis zum 300. Stadtgeburtstag 2015 sämtliche öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich sein. Dieses Ziel ist hochgesteckt und aufgrund des hohen finanziellen Aufwands schwer zu erreichen. Das hat nicht nur die Verwaltung erkannt, sondern auch der Behindertenbeirat erkennen müssen. Insofern hat der Behindertenbeirat auch in Absprache mit dem Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft eine Prioritätenliste erstellt von den Gebäuden, die sie bevorzugt als barrierefrei umgerüstet wissen wollen. Besonderen Wert hat der Behindertenbeirat dabei auf Jugendeinrichtungen und Freizeitanlagen gelegt sowie auf die Umgestaltung öffentlicher Toiletten. Herr Bürgermeister Lenz hatte das ja gerade schon gesagt. Aber auch das Sonnenbad und das Grötzinger Bad und die Turmbergterrasse stehen auf der Agenda für den Doppelhaushalt 2011/2012.

Meiner Fraktion ist es ein ganz großes Anliegen, dass für diese Prioritätenliste eine kostengeprüfte Planung bis Dezember vorliegt. Auf die Liste von 2013/2014 möchte ich nicht weiter eingehen. Für 2015/2016 ist das KONS vorgesehen. Wir alle in diesem Haus wissen, in welchem desolaten Zustand die KONS-Gebäude sind und würden uns alle gerne einen anderen zentralen Standort für das KONS wünschen. Wir wissen aber nicht, ob und wann diese Entscheidung fällt. Insofern sind wir froh, dass ein Aufzug in der Kaiserallee installiert wird. Das ist unumgänglich.

Ich habe einmal nachgesehen, wie Barrierefreiheit im Bundesgleichstellungsgesetz definiert wird. Dort heißt es, ich zitiere: „Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen ...“ - usw. - „... wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.“ Wir alle wissen aber auch, dass bei barrierefreien Umrüstungen öffentlicher Gebäude Probleme auftreten können, seien es welche, dass zu wenig

Platz vorhanden ist, dass Probleme mit dem Grundriss bestehen oder dass Denkmalschutzeigenschaften diese Umbaumaßnahmen verhindern. Insofern kann meine Fraktion durchaus nachvollziehen, dass sich der barrierefreie Umbau bei vielen Gebäuden schwierig gestaltet und Kompromisse gefunden werden mussten. Allerdings sollten, und das ist uns wichtig, bei allen Planungen der Behindertenbeirat als beratendes Gremium einbezogen und die jeweiligen Planungen im Sozialausschuss vorgestellt und beraten werden.

Es erscheint uns auch sinnvoll, zunächst die Erfahrung mit dem Pilotprojekt „Leit- und Orientierungssysteme für blinde und sehbehinderte Menschen“ im Rathaus-West zu sammeln. Auch hier wünschen wir die Einbeziehung des Behindertenbeirats und eine Vorstellung der Ergebnisse im Sozialausschuss. Es muss das Ziel sein, die Gebäude auch für Blinde und sehbehinderte Menschen barrierefrei umzugestalten.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Dass Menschen mit Handicap am öffentlichen Leben teilhaben können, ist das Anliegen des gesamten Gemeinderates. Dazu gehört auch die Barrierefreiheit, mit der wir gut angefangen haben, und auf diesem Weg sollen und werden wir sicher auch weitergehen. Aus der Vorprüfliste ist ersichtlich, dass vieles dabei möglich sein wird, manches schwierig zu bewerkstelligen, Kompromisse gefunden werden müssen, manches vielleicht auch nur unzureichend verwirklicht werden kann. Deswegen ist es umso wichtiger, mit dem Behindertenbeirat hier sinnvolle Prioritäten zu setzen, dafür vor allem den Damen und Herren des Behindertenbeirats herzlichen Dank für die Erstellung der Prioritätenliste. Es ist sicher nicht einfach als Betroffene Prioritäten zu setzen, die mit Augenmaß und auch in Anerkennung der Zeit und des Geldvolumens vom Behindertenbeirat eingebracht wurden.

Für die Entscheidung für den Doppelhaushalt ist es für uns alle wichtig, bis Ende des Jahres eine kostenkontrollierte Planung vorgelegt zu bekommen, um dann im Doppelhaushalt richtig entscheiden zu können. Das Gleiche gilt für die Toilettenanlagen. Auch hier erwarten wir im Sozialausschuss eine kostenkontrollierte Planung, um auch hier sinnvolle Entscheidungen auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Die grüne Fraktion freut sich, dass wir mit der heutigen Vorlage wieder einen Schritt in ein barrierefreies Karlsruhe setzen. Mit der Prioritätenliste hat sich der Behindertenbeirat überaus kompromissbereit gezeigt und sich selbst eingeschränkt. Aus diesem Grund war es wichtig und richtig, dass wir uns im Sozialausschuss - zusammen mit den übrigen Fraktionen und mit dem Behindertenbeirat - dafür eingesetzt haben, dass die Planung behindertengerechter Toilettenanlagen weiterhin eingefordert wird. Toiletten im öffentlichen Raum bedeuten für behinderte Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bei der künftigen Auswahl behindertengerechter Toiletten im Stadtgebiet bitten wir um pragmatische und strategische Lösungen.

Wir teilen darüber hinaus die Ansicht des Behindertenbeirats, dass das gemeinsame Leben von Behinderten und Nichtbehinderten zu mehr Integration und Inklusion in die Gesellschaft beiträgt. Aus diesem Grund haben wir bezüglich unserer Anfrage Barrierefreiheit in Schulen und Jugendeinrichtungen noch drei Fragen:

1. Gab es Umbauten von Jugendeinrichtungen, bei der auf Barrierefreiheit nicht geachtet wurde?
2. Um welche Jugendeinrichtungen handelte es sich dabei?
3. Glauben Sie, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen nur teilweise Barrierefreiheit bzw. fehlende Ausstattung für Seh- und Hörgeschädigte und der geringen Anzahl von behinderten jugendlichen Besucherinnen und Besuchern von Jugendeinrichtungen?

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Golombeck (FDP): Die Barrierefreiheit ist grundsätzlich in Bauvorhaben öffentlicher Gebäude einzubeziehen, um kostenträchtige Nachmodifizierungen zu vermeiden. Das ist nicht allein damit getan, dass man eine Rampe installiert, son-

dern die eigenständige Fortbewegung innerhalb eines Gebäudes ist sehr wichtig. Da spielt z. B. auch die Höhe der Klinke, das Gewicht einer Tür eine große Rolle.

Es ist daher zu begrüßen, dass die Arbeitsgruppe „Barrierefreies Bauen und Wohnen“ in die Planung der Umbaumaßnahmen einbezogen wird. Die Arbeitsgruppe hat eine Priorisierung festgestellt und die Umbaumaßnahmen für den Doppelhaushalt 2011/12 vorgeschlagen.

(Beifall bei der FDP)

Stadträtin Döring (KAL): Ich erinnere mich noch gut an eine viele Seiten lange Liste, die der Behindertenbeirat zusammengestellt hatte, in dem alle Gebäude, alle Einrichtungen im öffentlichen Raum in Karlsruhe aufgelistet waren, wo etwas zu tun ist oder zu tun wäre, um sie behindertengerecht oder vielmehr barrierefrei einzurichten. Es war eine sehr, sehr lange Liste.

Wir von der Karlsruher Liste haben die Erwartung an den Beirat für Menschen mit Behinderungen ausgesprochen, selbst Prioritäten zu setzen, weil wir gesagt haben, das ist nicht unsere Aufgabe, sondern das ist die Aufgabe der Menschen, die mit bestimmten Behinderungen leben und die genau wissen, was jetzt am Nötigsten umzusetzen ist. Wir freuen uns sehr, dass der Beirat einen Schwerpunkt gesetzt hat, und zwar einen gemeinsamen Schwerpunkt. Das war sicher nicht einfach, und es waren sicher sehr viele Gespräche nötig. Im Endeffekt aber ist dabei herausgekommen, dass der Beirat beschlossen hat, mit einer Liste anzufangen, die dazu beiträgt, dass gemeinsames Leben behinderter und nicht behinderter Kinder und Jugendlicher stattfinden kann - an öffentlichen Orten, in Jugendhäusern, in Freizeiteinrichtungen. Da können wir nur unser großes Lob aussprechen, dass ein Beirat, der mit Menschen mit ganz unterschiedlichen Interessen bestückt ist, sich auf ein gemeinsames Ziel, auf ein zukunftsträchtiges Ziel geeinigt hat und sagt, damit soll jetzt angefangen werden. Vielen Dank von uns auch dafür an den Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Der andere Schwerpunkt ist schon mehrfach erwähnt worden: öffentlich zugängliche Toiletten für Menschen mit Behinderungen, für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfah-

rer, die es zu wenig in der Stadt gibt. Wenn man etwas mehr Kontakt hat mit Menschen, die im Rollstuhl sitzen, kann man sich immer mehr auch vorstellen, wie nötig und wichtig das ist. Ich denke, in der Sitzung im Dezember im Sozialausschuss werden wir dann zu hören kriegen, wo es am schnellsten umsetzbar ist. Wenn man sich die Summen anguckt, sind es ja auch keine so großen Beträge, die nötig sind, um diese Forderung des Behindertenbeirats umzusetzen.

(Beifall bei der KAL)

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Herr Borner, zu Ihren Fragen: Die dritte Frage ist meines Erachtens mit der Antwort auf Frage 6 Ihrer Anfrage schon beantwortet, wenn ich es richtig verstanden habe, nämlich dass uns keine Aussagen oder Anfragen bekannt sind, dass der Besuch einer Jugendeinrichtung erschwert oder gar daran gescheitert ist. Diese Aussagen sind uns nicht bekannt, das haben wir Ihnen in unserer Beantwortung gesagt.

Zur Frage 1, die Sie gestellt haben, wo evtl. bei welchen Umbaumaßnahmen das nicht vorgenommen wird, das können wir Ihnen im Moment nicht beantworten. Das werden wir schriftlich tun. Das sind dann aber Ausnahmen. Das haben wir Ihnen schon in der Antwort zur Frage 2 Ihrer Anfrage dargelegt.

Ich lasse abstimmen über die Vorlage Nr. 350. - Einstimmig das Haus, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Sozialausschuss - die vom Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft erstellte Vorprüfungsliste zum Umbau weiterer städtischer Gebäude sowie die vom Beirat für Menschen mit Behinderungen daraufhin erstellte Prioritätenliste zur Kenntnis. Auf Empfehlung des Sozialausschusses beauftragt er die Verwaltung, die zur weiteren Entscheidung notwendigen kostenkontrollierten Planungen für die Gebäude der Prioritätenliste durchzuführen und dem

Gemeinderat rechtzeitig für eine Entscheidung im Rahmen der Haushaltsberatungen für den DHH 2011/2012 vorzulegen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, im Benehmen mit dem Behindertenbeirat eine Planung behindertengerechter Toilettenanlagen in der Sitzung des Sozialausschusses am 01.12.2010 kostengeprüft vorzulegen.

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Verteiler (mit Stellungnahme)
Ratsinformationssystem
Sozial- und Jugendbehörde
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -
8. Juni 2010